

Wirtschaft ohne Ethik? Eine ökonomisch-philosophische Analyse

Besprechung zum gleichnamigen Buch von Susanne Hahn und Hartmut Kliemt*

Non-research article

Edoardo Beretta

*Dozent, Prüfungsverantwortlicher und Program Manager des Master in Economia e politiche internazionali an der Università della Svizzera italiana
Giuseppe Buffi 13, CH-6904 Lugano*

Received July 10 2016; Accepted May 5 2017

Das Buch stellt einen bedeutenden Versuch dar, sachliche und normative Grundlagen freier Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme zu begreifen. Vor allem nehmen sich die Autoren vor, das Stichwort „Ethik“ zur Beantwortung unternehmerisch-ökonomischer Fragen zu nutzen. Respekt für Vielfalt ethischer Überzeugungen dürfe nämlich nicht mit Kritiklosigkeit gleichgestellt werden. Welche Rolle sollten aber Rechtschutzstaaten sowie kollektivgüterproduzierende Staatsapparate heute noch spielen? Einer solchen Frage nachzugehen, ist keinesfalls einfach, weil „Gemeinwohl“ unterschiedlich wahrgenommen wird. Als besonders exemplarisch seien Entscheidungsmechanismen bei Wahlen, da vom Durchschnittswähler dabei nicht unbedingt nur das Privat-, sondern auch das Allgemeinwohl verfolgt werden könnte. In engem Kontakt dazu steht das Binom aus „Ethik“ und „individueller Vertragsautonomie“. Insgesamt sollten Gesetzgeber nur dann eingreifen, wenn es wirklich notwendig sein sollte. Manchmal sei selbst der Wille, ethische Standards im Wirtschaftsalltag zu verbessern, schlichtweg staatliche „Überrumpelung“ von Vertragsfreiheit, zumal Beschäftigte ebensolche Arbeitsverträge nicht unter Zwang haben unterschreiben müssen. Inwieweit das von den Autoren implizierte

Prinzip der Entscheidungsfreiheit in Arbeitsbeziehungen (immer) zutrefte, ist aus Rezensentensicht offen gesagt besonders fraglich. Die Autoren befinden dabei, dass die Wahrung akzeptabler Alternativen öffentliche Aufgabe sein müsse, während private Wirtschaftssubjekte ihre Beziehungen weiterhin in freier Übereinkunft bestimmen sollten. „Prominentes“ Fallbeispiel sind dabei Vorstandsgehälter großer Aktiengesellschaften. Egal ob Bonizahlungen an Unternehmensziele gekoppelt seien, scheinen sie nur bedingt erforderlich zu sein, um Vorstände zu bestmöglicher Performance anzuregen. Dass Staaten in dieser Sache nicht alleine gefordert sein können, ist aber ersichtlich, da selbst Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften Einkommen von Vorstandsmitgliedern kappen könnten. (Langandauerndes) Ansteigen von Gehältern auf Spitzenebenen dürfe allerdings nicht als Zufallserscheinung abgetan werden. Mögliche Erklärungen könnten Globalisierung und Internationalisierung von Märkten auf steter Suche nach den „besten“ Humanressourcen liefern. Selbst das Streben nach „positionalen Gütern“, die typisch für gesellschaftlich herausgehobene Positionen sind, wird als Beweggrund genannt. Auch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise wird als Markt-, aber gleichzeitig auch Staatsversagen eingestuft. Besonders intensiv widmen sich die Autoren daher der (vor einigen Jahren auf aller Munde stehenden) Frage, inwieweit man *Equity-* und *Hedge-Fonds* gewähren

* Hahn, Susanne und Hartmut Kliemt (2017), *Wirtschaft ohne Ethik? Eine ökonomisch-philosophische Analyse*, Philipp Reclam Verlag, Stuttgart, 276 Seiten.

* E-mail: edoardo.beretta@usi.ch

lassen sollte. Trotz weitverbreiteter Bedenken sind sich die Schreibenden darüber einig, dass negative Erscheinungsepisoden nicht unbedingt zur Ablehnung dieser Finanzierungsformen und -instrumente führen sollten. Aus juristischer Sicht gilt auch, dass keine Strafe ohne gesetzliche Rahmenbedingungen (nach dem lateinischen Prinzip *nulla poena sine lege*) vergeben werden darf. Rechtsstaatliche Praxen verlangen nämlich, dass nichtrechtliche (aber moralische) Verantwortungszuschreibung eben keine Rechtsfolgen haben dürfe. Laut Milton Friedman sei schließlich die einzig soziale Verpflichtung von Unternehmen schon im Jahr 1970 gewesen, Konzernen Gewinne zu bescheren. Der so genannte „Stakeholderansatz“ nimmt sich hingegen vor allem der Interessen aller (und nicht nur der *shareholder* (*alias* Aktionäre)) an. Sogar heutiger Verzicht auf Gewinne kann zu besseren Gewinnchancen morgen führen, wie das (zugegebenermaßen unübliche) Prinzip der indirekten Gewinnerlangung gegenüber dem direkte(re)n Weg vorsehen würde. Manager von Aktiengesellschaften „dienen“ jedenfalls einer Mehrzahl von „Prinzipalen“, die nicht selten gegensätzliche Zielvorstellungen haben. Welches Gleichgewicht ließe sich unter solch prekären Voraussetzung finden? Zwangsläufig nötig wäre die Vermeidung „ökonomisch imperialistischer Ansätze“, nach denen Ökonomen allzu oft eine universelle Theorie allen menschlichen Sozialverhaltens schaffen. Aus dem Alltag weiß man allerdings bereits, dass moralische Motive häufig gegenüber geldlichen Anreizen überwiegen. (Moralische) Regeln, an die sich einzelne Unternehmen orientieren, sollten daher nicht nur explizit niedergeschrieben, sondern auch an Mitarbeiter vermittelt werden, sodass letztere selbst zu Verfechtern dieses Unternehmensgeists werden könnten. Einer weiteren Frage, der das Buch nachgeht, betrifft auch die Unterschiede zwischen partikularistischen und universalistischen Rechtfertigungen. Die häufige Aussage „der Zweck heiligt die Mittel“ vertritt beispielsweise eher einen zielorientierten Ansatz. Was utilitaristische Theorien also von anderen theoretischen Vorgehensweisen differenziert, ist, dass jedes Urteil über die moralische Richtigkeit einer Handlung von deren positiven/negativen Folgen für das Gemeinwohl abzuhängen hat. Natürlich ist es fraglich mit Bezug auf die „Kommensurabilität“ der Nutzenmaße einzelner Individuen, inwieweit solche Messwerte mit (beliebig) anderen vergleichbar wären. Wie ließe sich ansonsten erklären, dass reiche Individuen aus dem Empfang einer zusätzlichen Gütereinheit geringeren

Nutzen als ärmere Individuen ziehen? Bei jeder Institutionalisierung von Regeln sollten nach Meinung der Autoren mindestens fünf Leitprinzipien befolgt werden: Allgemeinheit der Teilnahme; Offenheit; Einfühlungsfähigkeit und -bereitschaft; wechselseitige Gleichanerkennung sowie Wahrhaftigkeit. Wenn das Thema „Regeln“ schon im Mittelpunkt des Geschehens steht, dann sollte auch infrage gestellt werden, ob es im individuellen Bereich insignifikant werden könnte. Welche intrinsischen Motivationen weisen nämlich so genannte „Trittbrettfahrer“ immer wieder auf? Im Allgemeinen lässt sich behaupten, dass Menschen Ziele, Werte oder Ideale verfolgen, die sie für kohärent mit ihrer Weltanschauung halten. Im Zusammenhang mit Unternehmen, die aus einer Multitüde aus Wirtschaftsakteuren bestehen, gestaltet sich ebendiese Mosaikgestaltung aus vereinheitlichenden Normen der Unternehmensführung (*corporate governance*) als besonders kritisch. Konkretheit von Regeln ist von absoluter Relevanz, wie die Debatte über Bonizahlungen bewiesen hat. Umso deutlicher sprechen sich die Autoren im Abschlussteil des Buches für eine privatrechtliche Organisationsweise von Wirtschaft und Gesellschaft aus, wobei jede „staatsfreie“ Selbstorganisation menschlichen Handelns nur dann gelingen könne, wenn sie eben unter staatlichem Schutzschirm vonstattengehen würde. Pflicht des Einzelnen sei, sich dazu aufgerufen zu fühlen, (mit wohlüberlegten Äußerungen) zum öffentlichen Diskurs beizutragen. Viel zu oft würden heutige Krisenerscheinungen hingegen „hyperdramatisch“ wahrgenommen, zumal Individuen sich so sehr an heutige Gemeinwohlzustände gewöhnt hätten, dass sie jedes (angebliche) Anzeichen für sich eintrübende Zeiten nicht angemessen „realistisch“ werten würden. Das Interesse für das Wirtschaftsgeschehen sollte jedenfalls nicht einigen wenigen überlassen werden, die sich dadurch für repräsentativ genug halten, sich als einzige überhaupt zu äußern. Ohne Zweifel stellt das Buch einen lobenswerten und genauso artikulierten Beitrag dar, wirtschaftliche und ethische Fragestellungen zusammenzuführen. Für „Durchschnittsökonom“ kann sich die Lektüre dennoch schwerer als für Leser mit (ausgeprägtem) philosophischem Hintergrund gestalten. Wer nach Tabellen oder Graphen (wo zumindest potenziell ergänzbar) suchen sollte, wird auch nicht auf seine Kosten kommen können. Die Kernbotschaft aber bleibt: Wirtschaft und Ethik können durchaus gemeinsamen Bestand haben (und von ihnen kann deshalb genauso oft gleichzeitig die Rede sein).